



Frauenorganisationen machen Femizide sichtbar

Am 3. März veranstaltete der **Aargauische Katholische Frauenbund (AKF)** ein Podium zum Thema Femizide. Vertreter:innen aus Politik, Polizei, Schule und Fachstellen diskutierten gemeinsam mit dem Publikum über Ursachen geschlechtsspezifischer Gewalt, bestehende Schutzmechanismen und darüber, wo das System an seine Grenzen kommt.

Gerade solche Veranstaltungen wie das Podium des AKF spielen eine wichtige Rolle. Frauenorganisationen schaffen Räume, in denen über Gewalt gesprochen wird, Betroffene sichtbar werden und Wissen aus verschiedenen Perspektiven zusammenkommt. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und zur politischen Debatte über Gewalt gegen Frauen.

Gewalt hat Struktur

Den Einstieg machte **Evelyne Wernli**, die beim AKF ehrenamtlich die Fachgruppe Politik & Gesellschaft leitet. Sie erinnerte daran, dass Gewalt gegen Frauen nicht als eine Reihe tragischer Einzelfälle verstanden werden darf.

Internationale Beispiele zeigen dies deutlich. Die **Epstein-Affäre** machte sichtbar, wie ein Netzwerk aus Macht, Geld und Einfluss über Jahre hinweg sexuelle Gewalt, Ausbeutung und Mord ermöglichen und verschleiern konnte. Auch der Fall **Gisèle Pelicot** in Frankreich erschütterte die Öffentlichkeit. Ihr Ehemann hatte sie über Jahre hinweg systematisch betäubt und von Dutzenden Männern vergewaltigen lassen. In ihrer politischen Arbeit als ehemalige Grossrätin habe Wernli immer wieder Frauen begleitet, die von häuslicher Gewalt betroffen waren. Auch der AKF erlebt diese Realität unmittelbar. Frauen rufen an, oft nachts und verzweifelt, und bitten um Hilfe. Der Verband hört zu, berät und vermittelt an Fachstellen, Polizei oder Frauenhäuser. Der Anlass stellte deshalb eine zentrale Frage: **Wo funktionieren die bestehenden Schutzstrukturen und wo entstehen Lücken?**

Austausch im World-Café

Zu Beginn des Podiums wurde das Publikum in vier Gruppen aufgeteilt. In diesem sogenannten **World-Café** diskutierten die Teilnehmenden direkt mit den eingeladenen Fachpersonen.

Matthias Boscaini, Gruppenchef Gewaltschutz der Kantonspolizei Aargau, gab Einblick in die polizeiliche Praxis. Allein im Jahr 2025 registrierte die Polizei im Kanton Aargau rund **2600 Interventionen wegen häuslicher Gewalt**. In den 24 Stunden vor dem Anlass seien bereits acht Fälle gemeldet worden. Der Jurist und Polizist erläuterte, wie Verfahren bei häuslicher Gewalt ablaufen und welche Herausforderungen bei der Umsetzung von Schutzmassnahmen bestehen. Viele Betroffene hätten Angst davor, eine Strafanzeige zu stellen. Ohne Anzeige könne ein Täter jedoch häufig nicht zur Verantwortung gezogen werden.



Die Polizei müsse sorgfältig arbeiten, gleichzeitig müsse aber auch der Wille der Betroffenen berücksichtigt werden. Bei bestimmten Delikten ermittelt die Polizei von Amtes wegen, also unabhängig davon, ob eine Anzeige vorliegt. In anderen Fällen, den sogenannten Antragsdelikten, entscheiden die Betroffenen selbst, ob sie eine Strafanzeige stellen wollen. Dafür gilt eine Frist von drei Monaten.

Das System stösst dort an Grenzen, wo Betroffene keine Anzeige erstatten möchten. Besonders bei schweren Delikten wie Vergewaltigung sei es für Ermittlungen entscheidend, dass Betroffene aussagen. Für viele Frauen ist das jedoch schwierig. Sie stehen oft unter Schock, sind traumatisiert oder haben wenig Vertrauen in Behörden. Deshalb sei die Zusammenarbeit mit Fachstellen zentral, betonte Boscaini. Bereits beim ersten Polizeikontakt werde Betroffenen angeboten, ihre Kontaktdaten an eine Beratungsstelle weiterzugeben. In jedem Fall werde zudem die **Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt Aargau** informiert, damit diese Unterstützung anbieten und Kontakt zu den betroffenen Personen aufnehmen kann.

Wo das System an seine Grenzen kommt

Claudia Wyss, Leiterin der Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt im Kanton Aargau, gab Einblick in die Arbeit eben dieser Fachstelle. Im Jahr 2025 stand die Anlaufstelle mit rund **6700 Personen** in Kontakt. Sie arbeitet sowohl mit Betroffenen als auch mit Personen, die Gewalt ausüben. Dieses Modell, das beide Seiten einbezieht, ist schweizweit einzigartig. Trotz bestehender Angebote sterben weiterhin Frauen. Wyss stellte deshalb eine zentrale Frage: **Warum sterben Frauen trotz bestehender Hilfsangebote?**

Zwar gibt es kantonsübergreifende Datensysteme, über die Polizeibehörden Informationen über Täter einsehen können. Dennoch stösst das System immer wieder an Grenzen, etwa wegen fehlender Ressourcen oder zu wenigen Plätzen in Frauenhäusern. Wyss berichtete von einem konkreten Fall: Eine Frau fand in ihrem eigenen Kanton keinen Platz in einem Frauenhaus und musste ausserkantonale untergebracht werden. Anschliessend erhielt sie eine Rechnung über **45'000 Franken**. Ob diese Kosten von der Gemeinde übernommen werden, blieb unklar.

Auch im Justizsystem gebe es Ungleichgewichte. Beschuldigte Täter erhalten häufig sofort anwaltliche Unterstützung. Betroffene hingegen müssen juristische Hilfe über die Opferhilfe selbst beantragen und sich durch komplexe administrative Verfahren arbeiten. Hinzu kommen gesellschaftliche Hürden. Scham und Stigmatisierung verhindern häufig, dass Betroffene Hilfe in Anspruch nehmen. Vertrauen aufzubauen brauche Zeit, ebenso ausreichende Ressourcen und stabile Strukturen. In der Theorie existierten viele Schutzmechanismen, doch in der praktischen Umsetzung zeigten sich immer wieder Lücken.

Ein weiteres Problem sieht Wyss in der **Akteneinsicht**. Wenn eine Frau Anzeige erstattet, kann der beschuldigte Täter grundsätzlich Einsicht in die Akten erhalten. Die Adresse des Opfers wird nur geschwärzt, wenn dies aktiv über die Opferhilfe



beantragt wird. Und selbst dann ist nicht immer gewährleistet, dass der Schutz konsequent umgesetzt wird.

Deutlich wurde in den Diskussionen des Abends: **Vertrauen ist eine zentrale Voraussetzung im Umgang mit häuslicher Gewalt.** Damit Betroffene Hilfe suchen können, braucht es verlässliche Strukturen, ausreichende Ressourcen und eine enge Zusammenarbeit zwischen Polizei, Fachstellen und Justiz.

Prävention beginnt früh

Daniel Hölzle, Grossrat und Schulleiter, stellte die Frage, wie Kinder und Jugendliche wirksam für Gewaltprävention erreicht werden können. In seiner Funktion als Schulleiter komme er immer wieder mit Fällen häuslicher Gewalt in Berührung. «An den Schulen gibt es Luft nach oben», sagte er.

Eine grosse Herausforderung sieht Hölzle in den sozialen Medien. Dort würden zunehmend stark sexistische Vorstellungen von Geschlechterrollen verbreitet. Die Bilder davon, wie Männer und Frauen angeblich sein müssten, richteten grossen Schaden an. Gegen diese Einflüsse stossen Schulen oft an ihre Grenzen.

«Gegen TikTok kommen wir in den Schulen kaum an.»

Für Hölzle ist klar, dass Gewaltprävention an Schulen vor allem über **Beziehungsarbeit** funktioniert. Lehrpersonen müssen Vertrauen zu ihren Schülerinnen und Schülern aufbauen. Nur so können schwierige Themen angesprochen und Warnsignale früh erkannt werden.

Politische Verantwortung

Anna Rosenwasser, Nationalrätin, stellte die Frage, was es politisch braucht, damit Gewaltprävention tatsächlich wirkt. Die gute Nachricht sei, dass Wissen und Sensibilisierung über geschlechtsspezifische Gewalt über viele Jahre hinweg erkämpft worden seien. Die Herausforderung liege heute vor allem in der Umsetzung. Rosenwasser nannte zwei aktuelle Beispiele aus der politischen Debatte: die Diskussion um den Zugang zu **Taschenmunition** sowie geplante **Kürzungen bei der Opferhilfe**. Gewaltprävention könne auf vielen Ebenen stattfinden. Dazu gehören politische Arbeit in sozialen Medien, Bildungsarbeit in Schulen, aber auch öffentlicher Druck auf politische Entscheidungsträger:innen. Rosenwasser betonte zudem, dass **Gleichstellungspolitik immer auch Finanzpolitik** sei. Konkret werde derzeit im Parlament darüber diskutiert, **300'000 Franken bei der Opferhilfe zu streichen**. Solche Entscheidungen hätten direkte Auswirkungen auf Schutz und Unterstützung für Betroffene.

Auch die Sprache spiele eine wichtige Rolle. Medienberichte, die von einem «tragischen Unglück» oder einem «Familiendrama» sprechen, würden geschlechtsspezifische Gewalt verharmlosen und ihre strukturellen Ursachen verschleiern. Rosenwasser brachte ihre Botschaft auf den Punkt: **«Wem Sie auf dem Wahlzettel Ihre Stimme geben, ist auch Gewaltprävention.»**



Der Anlass zeigt Wirkung

Dass solche Veranstaltungen wichtig sind, zeigte sich bereits kurz nach der Veröffentlichung des Podiums auf der Website des Aargauischen Katholischen Frauenbundes. **Karin Kalt**, Geschäftsstellenleiterin des AKF, berichtet: «Seit wir den Anlass auf unserer Website publiziert haben, haben wir viele Anrufe von Frauen erhalten, die von häuslicher Gewalt betroffen sind. Das ist neu.»

In den Gesprächen konnte die Geschäftsstelle den Betroffenen erste Orientierung geben und sie an passende Fachstellen weitervermitteln. Als Reaktion auf die zahlreichen Anfragen hat der AKF zudem ein **Factsheet zu häuslicher Gewalt** auf seiner Website veröffentlicht. Der Vorfall zeigt eindrücklich, wie wichtig es ist, über Gewalt gegen Frauen öffentlich zu sprechen. Sichtbarkeit kann Betroffenen den Mut geben, Hilfe zu suchen.

Femizide sichtbar machen

In der Schweiz gibt es bis heute **keine offizielle Statistik zu Femiziden**. Ohne verlässliche Daten bleibt das Ausmass dieser tödlichen Gewalt oft unsichtbar.

Hinter jeder Zahl steht ein Name, eine Tochter, eine Freundin, eine Mutter, eine Kollegin. Bisher sind es vor allem zivilgesellschaftliche Akteur:innen, die diese Fälle dokumentieren. Organisationen wie **BRAVA** sowie Projekte wie **Stop Femizid** sammeln und monitoren Femizide in der Schweiz. Dadurch wird diese extremste Form von Frauenverachtung sichtbar und auch die Muster, die zu dieser tödlichen Gewalt führen.

Sensibilisierung als Auftrag

Der Anlass zeigte, wie wichtig Räume sind, in denen über Gewalt gegen Frauen gesprochen wird. Frauenorganisationen spielen dabei eine zentrale Rolle. Sie bringen Erfahrungen aus der Praxis zusammen, machen strukturelle Probleme sichtbar und tragen dazu bei, dass Gewalt nicht länger tabuisiert wird.

Auch der **Frauenbund Schweiz** engagiert sich in diesem Bereich. Im Positionspapier **«Gewalt gegen Frauen – eine Wunde unserer Gesellschaft»** hält der Verband fest, dass Femizide die extremste Form einer Gewaltspirale sind.

Solche Anlässe greifen auch Anliegen auf, die der Frauenbund Schweiz mit seiner Kampagne **«Frauenrechte. Er kämpft, nicht geschenkt.»** in die Öffentlichkeit trägt. **Pia Viel**, Präsidentin des Aargauischen Katholischen Frauenbundes und Co-Präsidentin des Frauenbund Schweiz, sagt: «Als Frauenbund Schweiz sind wir ein grosses Netzwerk engagierter Frauen. Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir feministische Themen weiterhin sichtbar machen und darüber sprechen.»

Denn klar ist: **Femizide verhindern heisst hinschauen, darüber sprechen und gemeinsam handeln.**